

Das „Taubenhaus“ in der Oberhausener Politik

(Von E. Noldus.)

Aus gegebenem Anlaß bringen wir einige weiterführende Informationen zu diesem Thema mit Blick auf dessen Behandlung durch die örtliche Politik.

Feststellung des Sachverhaltes

Im Frühjahr 2023 begann sich die AfD-Ratsfraktion erstmals näher mit dem Thema „Taubenhaus“ zu befassen. Persönliche Gespräche mit engagierten Tierschützern veranlaßten die Fraktion zu dem AfD-Antrag A/17/3300-01, vorgelegt (und abgelehnt) in der Ratssitzung des 15. 5. 2023.

In der Antragsbegründung war insbesondere auf die Empfehlung des Deutschen Tierschutzbundes zur Errichtung von Taubenhäusern mit geeigneten Nistmöglichkeiten, in denen durch Austausch des Geleges (durch Gipseier o.ä.) der Bestand entsprechend reguliert werden kann, hingewiesen worden.

Der Stadtverordnete Lange hielt aus diesem Anlaß eine Rede, in der er auch frühere Anläufe zur Einrichtung eines Taubenhauses nicht unterschlug:

„Schon vor elfeinhalb Jahren stellten die SPD, die GRÜNEN und die FDP einen solchen, ähnlichen Antrag. Zuletzt war es wieder die FDP im Jahr 2019, welche sich für die Errichtung eines Taubenhauses eingesetzt hat. Doch leider ist auch da wieder einmal nichts passiert.

Am 11. 2. 2019 gab es hierzu im Hauptausschuß einen Sachstandsbericht zum Thema Taubenhaus. Damals wollte man ein vorübergehend abgestelltes Taubenhaus nicht weiter betreiben, da man die ganze Arbeit auf die Kosten einer ehrenamtlichen Initiative abwälzen wollte.

Der Stadtverordnete Axt von den GRÜNEN hinterfragte damals die Notwendigkeit für ein Taubenhaus. Auch der Beigeordnete Motschull gab damals zu Protokoll, daß ihn das Thema Stadttauben in den letzten Jahren äußerst selten erreicht habe. Heute sehen Sie, Herr Axt, Herr Motschull, wie schnell man doch von der Realität eingeholt werden kann!

Probleme lösen sich aber wie so oft leider nicht von selbst; und daher möchte die AfD jetzt diese gute Idee vom Taubenhaus aufgreifen und stellt einen entsprechenden Prüfantrag an die Verwaltung.“

Niemand nahm zu diesem Antrag Stellung. Selbstverständlich wurde der AfD-Antrag von den selbsternannten Demokraten einmütig abgelehnt.

Die Rede nahm Bezug auf den Antrag A/15/1819-01 von SPD, FDP, Grünen, welcher in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen am 1. 2. 2012 unverändert beschlossen wurde sowie auf A/16/4935-01 der FDP (in der Ratssitzung am 23. 9. 2019 ebenfalls unverändert beschlossen). Wir fragen, warum diese Anträge von der Verwaltung nicht weiter aufgegriffen worden sind bzw. warum die Antragsteller diese Angelegenheit nicht weiter verfolgt haben.

Nach einer vertieften Beschäftigung ergaben sich Fragestellungen, die nicht ohne weiteres zu beantworten waren. Daher unternahm es der Stadtverordnete Lange (AfD), entsprechende Kleine Anfra-

gen zu formulieren.

Dessen Kleine Anfrage vom 3. 6. 2023 als K/17/3620-01, am 19. 6. 2023 als K/17/3664-01 beantwortet, ergab unter Punkt 5:

„Frage: Welche Probleme oder Hindernisse bestehen aus Sicht der Verwaltung in der Errichtung einer oder mehrerer Taubenhäuser in den Stadtteilzentren und mit welchen Kosten müßte man je Taubenhaus rechnen?“

Antwort: Um ein Taubenhaus erfolgreich zu betreiben sind u. a. Folgende Rahmenbedingungen erforderlich:

- *der Standort muß erhöht und für Tauben attraktiv sein,*
- *ein Standort weitab der bisherigen Hotspots ist unrealistisch,*
- *eine durchgehende Betreuung des Taubenhauses muß gewährleistet sein,*
- *Verantwortlichkeiten müssen klar sein.*

Die Kosten für einen als Taubenhaus umgebauten Seecontainer belaufen sich auf ca. 18.000 Euro zuzüglich Aufstellkosten. Hier können ca. 100 Tauben untergebracht werden.“

Eine weitere Kleine Anfrage des Stadtverordneten Lange vom 17. 3. 2025 als K/17/6456 enthielt die Frage:

„Wäre bei Vorliegen der in K/17/3664-01 Frage 5 genannten Rahmenbedingungen ein Taubenhaus nicht auch für Oberhausen eine denkbare Lösung bzw. welche der genannten (oder weitere) Bedingungen stehen der Verwirklichung eines Taubenhauses am stärksten im Wege?“

Die Antwort der Stadtverwaltung (K/17/6456-01 vom 15. 5. 2025) lautete, ein Taubenhaus nach Vorbild des sog. Augsburger Modells könnte eine mögliche Option sein, die Anzahl von Stadttauben zu kontrollieren.

In der Anfrage wurde konstatiert, die Stadtverwaltung habe entschieden, durch Verfütterung von hormonellen Wirkstoffen (sog. Taubenpille) die bestehende Population einzudämmen.

Die Frage nach der Wirkung („nachweisbare Rückschlüsse“) der Verabreichung wurde wie folgt beantwortet:

„Derzeit lassen sich keine Rückschlüsse ziehen, da sich immer wieder auch Tauben aus anderen Stadtteilen dem Schwarm am Sterkrader Tor anschließen und so die Anzahl der Tauben variiert. Deshalb liefert die durch den Anbieter des Medikamentes vorgenommene Zählung lediglich ein subjektives Ergebnis der Taubenzahl.“

Ergänzend wurde zum Taubenbestand am Sterkrader Tor festgestellt, daß es sich um einen fluktuierenden Schwarm handelte, weshalb „die Zahl der Tiere nicht mittelbar mit dem Einsatz des Medikaments in Verbindung gebracht werden“ könne.

Auch wenn die AfD-Fraktion in der Folgezeit keine weiteren Anträge stellte, half die Öffentlich-

keitsarbeit auf der Grundlage der mitgeteilten Sachverhalte und Informationen dabei, das Thema nicht ruhen zu lassen.

In der Sitzung der Bezirksvertretung Sterkrade am 22. 1. 2026 wurde der Antrag A/18/0354 (Prüfauftrag an die Verwaltung) der GRÜNEN speziell zum Sterkrader Tor zur Einrichtung eines Taubenhauses dort gegen die Stimmen von GRÜNEN und AfD abgelehnt.

Da der Antragsteller jeden Hinweis auf diese Vorarbeiten unterlassen hatte, folgte ein AfD-Antrag A/18/0408 für die Sitzung der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen vom 4. 3. 2026. Die Darstellung des Sachverhaltes enthielt einen umfangreichen Überblick über alle bis dahin unternommenen Schritte einschließlich des abgelehnten Sterkrader Antrages der GRÜNEN.

In der Sitzung des 4. März lehnte ein Vertreter der GRÜNEN in der Debatte den Taubenhaus-Antrag der AfD mit der „Begründung“ ab, der Antrag stamme von Rassisten. Das hat den BSW-Vertreter nicht daran gehindert, den AfD-Antrag zu unterstützen. Diese Episode ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich die selbsternannten Demokraten selbst vorführen und es noch nicht einmal merken.